

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtansicht
Tageblatt Riesa.
Berner Str. 20.
Postfach Str. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskanzlei beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Postredaktion:
Dresden 1580.
Girofasse:
Riesa Str. 52.

Nr. 49.

Montag, 27. Februar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Röhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pennize; die 89 mm breite Neßmazelle 100 Gold-Pennize; gezeichnete und tabellarische Tafel 50%. Aufschlag, keine Tarife. Gewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Gefälligkeitstag: Riesa. Schätzliche Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwieher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebsstörungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt.

Die Wahlreden des Sonntag.

* Berlin. Nachdem schon die vergangene Woche eine große Anzahl von Wahlreden gehabt hatte, ist der Wahlkampf am Sonntag auf seinem Höhepunkt angelangt. In allen größeren und mittleren Städten Deutschlands fanden Wahlversammlungen und Kundgebungen statt, auf denen die Führer der verschiedenen Parteien vor Tausenden von Menschen sprachen. Von den Mitgliedern der Regierung sprach Bismarck von Papen auf einer großen Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Bremen. Reichsminister Dr. Hugenberg war infolge Unmöglichkeit verhindert, auf der Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in der Kasseler Stadthalle persönlich zu erscheinen. Die Rede wurde deshalb von Berlin aus telephonisch über Lautsprecher nach dem Versammlungsort übertragen. Die Stadt Erfurt stand im Zeichen eines großen SA-Aufmarsches und einer Rede des Reichsministers Göring. In der gleichen Versammlung sprach auch der thüringische Staatsminister Sautol. Schließlich sprach Reichsarbeitsminister Seelde in Berlin vor der Stahlhelm-Soliditüte.

Weiterhin sprach in Dresden der Präsident des Preußischen Landtages, Kettl. Während der Versammlung der Zentrumspartei, Prälat Dr. Naas, in Ludwigshafen eine Wahlrede hielt, sprach in Gelsenkirchen Reichsanzler Dr. Dr. Bräuning. Auf einer Kundgebung der Eisernen Front in München hielt der Bundesführer des Reichsbanners, Höhmann, eine Rede. Auf einer Kundversammlung der Deutschen Volkspartei in Dresden sprach neben Rechtsanwalt Höhne und Frau Oberstdirektor Dr. May der Parteiführer Dingeldey.

Reichskommissar Rau, der in Leipzig sprach, wies in seiner Wahlrede unter anderem auf sein eigenes Amt hin, wo er ein entschiedliches Bild der Zerstörung deutschen Geistes und deutscher Sitten angestrichen habe. Er könne versichern, seine Maßnahmen würdig nicht als Kulturrevolution bezeichnet werden. Am 5. März dürfe in Deutschland zum erstenmal die Internationale erthonen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Söllmann erklärte in Dortmund unter anderem, eine nationale Bewegung, die die Freiheit nach außen wolle, müsse die große gemeinsame Front schaffen. Man müsse es sich verbitten, eine Partei, die 500 000 ihrer Helden auf dem Felde der Freiheit gelassen habe, als Landesverräter zu bezeichnen. Reichstagsvizepräsident Löb beschäftigte sich mit den früheren Versprechungen der Nationalsozialisten und der bisherigen Arbeit des Kabinetts Hitler. Toni Sander erklärte auf derselben Versammlung, in den "vier Wochen Drittes Reich" sei nichts von den zuvor Versprechungen erfüllt worden. In Stuttgart wandte sich der deutsherrische Reichstagsabgeordnete Dr. Wibor gegen eine Wahlrede des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bösl, in der dieser geahnt habe, der Kampf gelse dem rückständig-protestantisch-preußischen Geist von Potsdam, und verwies sie gegen diese Beliedigung des evangelischen preußischen Volkes. Professor Dr. Greifgärtner-Loringhoven führte auf einer Wahlkundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Berlin u. a. aus, daß neben den innerpolitischen Aufgaben des Kampfes um Deutschlands Befreiung steht. — An verschiedenen Städten fanden nationalsozialistische Kundgebungen und SA-Konzerte statt. Hier sprachen der Betriebszellenleiter Engel und der Führer der Berliner SA, Graf Heldorf.

Hitler in Nürnberg

Reichskanzler Hitler sprach in der riesigen Festhalle im Rautenkranz in Nürnberg.

Bangs vor Beginn der Veranstaltung hatte sich die Halle gefüllt und mußte löslich politisch gesperrt werden. Die Reden wurden außerhalb der Halle durch Lautsprecher übertragen. Als Reichskanzler Hitler, begleitet von seinem Stab, die Halle durch das grüßende Spalier der SS durchschritt, begleitete ihn minutenlanger stürmischer Jubel und Heilrufe.

Mit hierauf der Reichskanzler die Rednertribüne betrat, erhoben sich erneut stürmischer Jubel und Heilrufe. Der Reichskanzler ging zunächst auf die Entstehungsgeschichte der Nationalsozialistischen Partei ein.

Die Leute von 1918 sollten von Glück reden, daß wir nicht rachsüchtig sind. Denn wenn wir das wären, wir brauchten nur mit derselben Methode und mit den gleichen Gesetzen gegen die Schänder der Freiheit vorzugehen. Und sie würden mangels jedes Ideals nicht vierzehn Jahre zu widerstehen vermögen, wie wir das konnten. Wenn heute die Männer jener Parteien, deren vierzehnjährige Arbeit überall Verfolgung, Unterminierung und Ausschaltung gebracht habe, fragen, wie sie jetzt die Nationalsozialisten unterstehen könnten, plötzlich die Regierung übernehmen zu wollen, so können sie darauf nur antworten, viel staunenswerter sei, stattdessen zu müssen, daß diese Parteien und diese Männer noch ununterbrochen da seien wollten.

Wenn ich für den 5. März diesen Appell an das deutsche Volk gerichtet habe, dann muß ich hier betonen, daß es nicht

Die Reinigungsaktion.

Hugenberg über die Frage: "Wie kann die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg führen?"

Von seinem Berliner Arbeitszimmer aus hielt Minister Dr. Hugenberg eine Rede, die in einer großen Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in der Stadthalle in Kassel durch Lautsprecher wiedergegeben und auch durch Rundfunk verbreitet wurde. Dr. Hugenberg führte u. a. aus:

An den beiden nächsten Sonntagen erfolgt für den größten Teil Deutschlands eine völlige Erneuerung aller Vertretungskörperschaften des öffentlichen Lebens. Das deutsche Haus wird — wenigstens in seinem preußischen Teil — vom Dachboden bis zum Kellergröbchen durchgefegt! Unser aller Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Reinigungsarbeit dieser beiden Wahlstage eine so gründliche ist, daß wie dann nachher auf Jahre hinaus endlich einmal Ruhe vor weiteren Wahlkämpfen und weiteren Wahltagen haben!

Dieses Reinigungswerk erfordert eine gewaltige Kraftanstrengung; denn Trümmer, Schutt und Schmutz, die seit dem November 1918 sich aufhäuft, liegen wahrhaft hoch genug! Die nationale Regierung wird den Reinigungsbedarf noch weiterhin kräftig zu brauchen wissen! Darauf können Sie sich verlassen!

Die Erfahrungen, die wir Deutschen mit der unter Zentrumsstütze regierenden Sozialdemokratie machen, waren so gründlich, daß sie dem deutschen Volk ein für allemal genügen müssen. Die Presse der Linken und ihre Freunde möchten mir jetzt den Vorwurf wirtschaftspolitischer Einseitigkeit machen, weil die ersten von mir veranlaßten Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrarpolitik liegen. Aus allem, was ich über deutsche Wirtschaftspolitik gezeigt oder geschrieben habe, geht eindeutig hervor, daß ich mit keinen anderen Weg zur Befestigung der deutschen Wirtschaftskraft denken kann als den mit der Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft verbundenen. Das sage ich nicht dem deutschen Bauer zu Gefallen, sondern ich sage es ganz genau so den

deutschen Bürgern zuliebe. Denn es ist nicht möglich, bei deutscher Industrie eine Millionenarmee von neuen Kaufmännern für ihre Produkte zu geben und damit die Möglichkeit, die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten wieder einzustellen, wenn der erste Schub dieser Kaufmänner nicht durch die deutschen Bauern und Landarbeiter gestellt wird. Deshalb gehört eine zielpunktige Agrarpolitik, die den Abfall der deutschen Erzeugnisse hört, zu den besten Kampfmitteln gegen die großstädtische Arbeitslosigkeit. Danach ist es unerlässlich, den gewerblichen Mittelstand in weitestem Sinne dieses Begriffes so zu stützen und zu fördern, daß er seiner lebenswichtigen Funktion im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben gerecht werden kann. Ich bin überzeugter Gegner der marginalen Idee von der Sozialisierung der deutschen Wirtschaft. Aber gerade weil ich das bin, muß ich auch zwangsläufig überzeugter Mittelstandspolitiker sein. Der Wert und die Widerstandsfähigkeit einer starken Privatwirtschaft wird nicht durch die Größe der Konzerne und erst recht nicht durch die ungeheure Guanimentbalzung spekulativer Kapitalkräfte begründet, sondern durch die Zahl und den Wohlstand von Millionen von Bauern, Handwerkern, Kaufleuten und selbständigen Menschen der freien Berufe.

Im weiteren Sinne dieses Wortes ist auch das Berufsbeamtenamt zum deutschen Mittelstand zu rechnen. Wenn in der letzten Zeit Strömungen einer gewissen Beamtenfeindschaft sich geltend gemacht haben, so sind sie darauf zurückzuführen, daß sie jener Art von Beamtenbeamten galten, die uns das neupreußisch-neudeutsche System bescherte.

Der Reichspräsident hat das Seine getan, er hat das Kabinett der nationalen Einigung berufen. Die Männer, die diese Regierung bilden, werden das Ihre tun: Sie werden allen Wünschen der Linken und erst recht dem Zenitum zum Trotz einig und geschlossen bleiben.

Und wenn wir dann den Geist der Zweckmäßigkeit in unserem Volke endlich festlegen, dann wird die ewige Kraft der Gemeinsamkeit wie in den Jahrhunderten vor uns so auch in der Zukunft dem deutschen Leben wieder die Wege öffnen und die Voraussetzung geben zum Aufstieg des deutschen Volkes und damit auch zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.

Man werde wieder eine gesunde Volkswirtschaft aufbauen, um auf ihr dann wieder die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu begründen. Unsere Kultur müßten wieder deutscher Geist und deutsches Leben beherrschen. Die Arbeit schaffe wohl Werke, aber nur der Mut verteidige sie und lasse sie dem eigenen Volke zugekommen. Nur so werde aus Arbeit und Brot, Mut und Entschlossenheit das kommen, was wir alle ersehnen: der Friede auf Erden.

Der Kanzler schloß: Am 5. März ist das deutsche Volk aufgerufen, zu diesem Besinnnis Stellung zu nehmen. Es soll nicht heißen, daß nur ein paar Männer die Erhebung des Volkes befürworten. Es soll einmal heißen, daß Einzelne den Kampf begonnen haben, daß aber mit der Zeit das Volk hinter sie tritt.

Stürmischer, nicht endenwollender Beifall dankte dem Reichskanzler, und spontan sangen die vielen Tausende stehend das Deutschlandlied.

Baven in Bremen

In einer Wahlversammlung in Bremen sprach am Sonnabendabend Bismarck von Papen, der u. a. ausführte: Die furchtbare Folge und die furchtbare Gefahr der marxistischen Politik ist das akademische Proletariat. Es ist nicht wahr, daß der deutsche Arbeiter alles sozialisieren möchte. Im Grunde hat er die Sehnsucht, etwas Eigene zu besitzen und folgt damit dem Instinkt seiner Ahnen, die auch auf eigener Scholle gelesen haben. Wir müssen daher die große Entwicklung abbremsen und eine neue Zeit der Einigung anbahnen. Ich bin mir darüber klar, daß eine Koalition der Massenbewegungen, wie sie in der heutigen Regierung verkörpert ist, ein nicht zu umgehendes Zugeständnis an die Demokratie und den Geist unserer Zeit ist. Wir sind weit davon entfernt, den nationalen Gedanken für uns in Erbacht zu nehmen. Wir machen vielmehr die Arme weit auf für die alle, die mitzukämpfen bereit sind. Da diese